

An den Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Gunther Reibert
Am Steinweg 1
61130 Nidderau

Andreas Bär
Fraktionsvorsitzender

Auf dem Burgstück 12b
61130 Nidderau
post@andreas-baer.de

16.12.2016

Resolution „Kommunen die Kosten für Asylbewerber ersetzen!“

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Reibert,

die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen den Antrag, die folgende Resolution an der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 27.01.2017 zu beschließen:

Resolutionstext:

Bund und Länder sollen den Kommunen die Kosten für Asylbewerber ersetzen!

Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung kritisiert ausdrücklich, dass die Bundesregierung und die Hessische Landesregierung den Kommunen nicht die notwendigen Finanzmittel für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern bereitstellen. Allein im Jahr 2016 hatte Nidderau - nach Abzug aller Zuschüsse - eigene Kosten in Höhe von über 2,8 Millionen Euro zu tragen. Dies entspricht ca. 7 % des kompletten Haushaltsvolumens von ca. 40 Millionen €! Selbst wenn man die Investitionen in Höhe von 2,1 Millionen Euro abzieht, bleibt es bei laufenden Kosten in Höhe von 700.000 €, die wahrscheinlich dauerhaft und in mindestens dieser Höhe den Haushalt belasten werden. Das Tragen dieser Mehrkosten stellt eine große Herausforderung in Zeiten von Sparauflagen und Kassenkonsolidierung dar.

Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung stellt besorgt fest, dass einmalige wie strukturelle Mehrausgaben für Asylbewerber mittelfristig zu kommunalen Steuererhöhungen und/oder Leistungskürzungen seitens der Kommune führen werden. Dies dürfte Asylbewerber zu "Sündenböcken" machen, damit das gesellschaftliche Klima gegenüber Einwandern beeinträchtigen, in der Folge Ressentiments schüren und auf diesem Weg schlussendlich Integration erschweren. Diese Entwicklung und Rassismus im Allgemeinen wollen wir unter allen Umständen vermeiden und stattdessen Integration gelingen lassen!

Ferner sind diese Mehrausgaben aus Sicht der Nidderauer Stadtverordnetenversammlung auch aus grundsätzlichen Überlegungen inakzeptabel: Erstens hat bereits in den vergangenen Jahren der Umfang an Aufgaben, die die Kommunen aufgrund Beschlüssen übergeordneter Ebenen übernehmen müssen, stetig zugenommen, ohne dass dabei den Kommunen die damit verbundenen Ausgaben erstattet wurden. Diese Tatsache verstößt gegen den Geist der Konnexität und das alltägliche Prinzip des "Wer eine Leistung bestellt, der bezahlt diese auch!". Zweitens wurden den Kommunen in den letzten Jahren wiederholt Mittel gekürzt, beispielsweise im Rahmen des

Kommunalen Finanzausgleichs. Vor diesem Hintergrund überrascht es daher nicht, dass der allergrößte Teil der hessischen Kommunen unter Schulden leidet.

Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung fordert daher die Bundesregierung und die Hessische Landesregierung auf, die Kommunen mit den tatsächlich benötigten Mitteln zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen auszustatten. Es kostet Geld, Asylbewerber vor Ort gut unterzubringen, zu betreuen und schlussendlich zu integrieren. Geld, über das die Kommunen in Zeiten von Sparauflagen selbst kaum verfügen. Gleichzeitig liegt es vor allem an den Kommunen, dass, unterstützt durch den Einsatz von Ehrenamtlichen, Integration überhaupt gelingen kann.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Bär
SPD Fraktionsvorsitzender

Tanja Seelbach
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen